

Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern : Bericht der Präsidialabteilung

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - (1960)

PDF erstellt am: **11.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417604>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BERICHT
ÜBER DIE
STAATSVERWALTUNG DES KANTONS BERN
FÜR DAS JAHR 1960

Bericht der Präsidialabteilung

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. FRITZ GIOVANOLI
 Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat FRITZ MOSER

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat FRITZ MOSER
 Vom 1. Juni bis 31. Dezember: Regierungsrat SAMUEL BRAWAND

Volksabstimmungen

Im Berichtsjahr fanden 6 kantonale und 2 eidgenössische Abstimmungen statt. Den Stimmbürgern wurden insgesamt 11 kantonale und 2 eidgenössische Vorlagen unterbreitet.

A. Kantonale Volksabstimmungen

21. Februar

	Ja	Nein	Annahme oder Verwerfung
Gesetz über den Beitritt des Kantons Bern zum interkantonalen Konkordat über den Handel mit Waffen und Munition vom 20. Juli 1944	42 831	19 425	23 406
Gesetz über die Besoldungen der Lehrerschaft an den Primar- und Mittelschulen vom 2. Dezember 1956; Abänderungen	33 501	28 579	4 922
Volksbeschluss über den Neubau eines Institutes für Pharmakologie.	39 219	22 471	16 748
Stimmbeteiligung: 24,9%			
Stimmberechtigte: 254 469, Stimmende 63 484			

24. April

Volksbeschluss über die Neu- und Umbauten im Oberseminar Bern	39 723	22 817	16 906
Stimmbeteiligung: 27,4%			
Stimmberechtigte: 254 303, Stimmende 69 786			

29. Mai

Volksbeschluss über die Neu- und Umbauten im Knabenerziehungsheim Aarwangen.	52 740	12 617	40 123
Stimmbeteiligung: 26,8%			
Stimmberechtigte: 254 552, Stimmende: 68 400			

3. Juli

Gesetz über die Beitragsleistung an Wohnbauten für kinderreiche Familien mit bescheidenem Einkommen.	27 239	5 705	21 534
Volksbeschluss über die Bereitstellung finanzieller Mittel für Massnahmen zur Sanierung der Wohnverhältnisse in Berggebieten	27 417	5 554	21 863
Stimmbeteiligung: 13,11%			
Stimmberechtigte: 254 713, Stimmende: 33 403			

25. September

	Ja	Nein	Annahme oder Verwerfung
EG zum BG über die Förderung der Landwirtschaft und die Erhaltung des Bauernstandes (Landwirtschaftsgesetz)	37 095	20 436	16 659
Volksbeschluss über die Aufnahme von Anleihen bis zum Betrag von 80 Millionen Franken zur Konsolidierung der laufenden Schuld des Staates . . .	35 848	21 756	14 092
Volksbeschluss über die bauliche Reorganisation der Heil- und Pflegeanstalt Bellelay	47 018	11 433	35 585
Stimmbeteiligung: 23,3%			
Stimmberechtigte: 255 273, Stimmende: 59 718			

4. Dezember

Gesetz über die Fischerei	68 132	41 650	26 482
Stimmbeteiligung: 45,14%			
Stimmberechtigte: 255 207, Stimmende: 117 145			

B. Eidgenössische Volksabstimmungen

29. Mai

Bundesbeschluss über die Weiterführung befristeter Preiskontrollmassnahmen	54 061	12 094	41 967
Stimmbeteiligung im Kanton Bern 26,8%			
Stimmberechtigte: 255 358, Stimmende: 68 624			

4. Dezember

BG betreffend die Änderung des BB über zusätzliche wirtschaftliche und finanzielle Massnahmen auf dem Gebiet der Milchwirtschaft	69 009	43 866	25 143
Stimmbeteiligung im Kanton Bern 46,3%			
Stimmberechtigte: 256 025, Stimmende: 117 855			

Die andauernd geringe Stimmbeteiligung im Kanton Bern, sowohl in eidgenössischen wie in kantonalen Anlässen, ist bedauerlich. Die Gründe mögen vielfältig sein. Einmal ist die Anhäufung von Abstimmungen ein Grund dafür; andererseits müssen die von den Parlamenten vorbereiteten Vorlagen auch dem Volk unterbreitet werden. Es erhebt sich die Frage, ob mehrere Vorlagen an einem Tage vorgelegt werden können, oder ob es nicht zweckdienlicher ist, den Bürger mit Abstimmungsvorlagen an einem Tage nicht zu überlasten. Erfahrungsgemäss dürfte letzteres der Fall sein. Im Kanton Bern haben wir deshalb für kantonale Abstimmungen einen Mittelweg eingeschlagen.

Die Staatskanzlei steht mit den eidgenössischen und kommunalen Behörden in Verbindung, im Bestreben eidgenössische und kommunale Abstimmungen zusammenzulegen. Leider ist das gerade im Berichtsjahr nicht geglückt, weil die Eidgenossenschaft nicht nur Rücksicht auf den Kanton Bern, sondern auch auf die weiteren Mitstände und insbesondere auf deren Abstimmungsrecht zu nehmen hat (Rücksendung der Stimmausweisarten). Die Staatskanzlei wird nach wie vor, wie dies im Grossen Rat gewünscht wurde, jeweils rechtzeitig mit den Bundesbehörden betreffend Festlegung von Abstimmungsterminen in Verbindung treten.

Viel wird für die Hebung der Stimmbeteiligung auch von gesetzlichen Stimmerleichterungen erwartet. Wir haben diesbezüglich die Grundlage im neuen Abstimmungsdekret geschaffen, die uns ermächtigen, neue eidgenössische Stimmerleichterungen auch für bernische Abstimmungen und Wahlen einzuführen. So führte der Bund die vorzeitige Stimmabgabe bei eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen und Wahlen durch. Die Bundesbehörden ermächtigen die Kantone, die Urnen

bei eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen bis 4 Tage vor dem Abstimmungssonntag für das ganze Kantonsgebiet oder für einzelne Gemeinden zu öffnen. Sie schreiben den Kantonen aber vor, die vorzeitige Stimmabgabe an mindestens 2 Vortagen (Samstag und Freitag) in Gemeinden mit mehr als 800 Stimmberechtigten einzuführen. Der Regierungsrat hat bereits in einer Verordnung vom 6. Januar 1961 die entsprechenden Vorschriften für den Kanton Bern erlassen.

Weitere Stimmerleichterungen werden beim Bund geprüft. Wenn sie in Rechtskraft erwachsen, wird sie auch der Kanton Bern für seine Abstimmungen und Wahlen auf dem Verordnungswege übernehmen können. In einer letzten Vernehmlassung stellte sich der Regierungsrat auf den Standpunkt, dass Stimmerleichterungen auf eidgenössischem Boden nur befürwortet werden sollten, sofern sie weiter gehen als die bisherigen kantonalen Vorschriften.

Volkswahlen und Volksinitiativen

Nebst einer Ersatzwahl in den Regierungsrat und einigen Ersatzwahlen für die Bezirksverwaltung fanden im Berichtsjahr keine Volkswahlen statt. Im Oktober 1960 wurden von der Jurassischen Sammlung der Staatskanzlei die Unterschriftenbogen zur Abstempelung der 6monatigen Lauffrist für folgende 4 Initiativen eingereicht: Erleichterung des Steuerdruckes zugunsten der Familie; Aufhebung der Stellvertretung bei der Ausübung des kantonalen Stimmrechtes; Aufteilung des kantonalen Strassenverkehrsamtes und Schaffung eines solchen für den Jura in Tavannes und eine, welche in den Freiberger

die Schaffung eines landwirtschaftlichen Musterbetriebes sowie eine Versuchsanstalt zugunsten der Aufzucht und der Landwirtschaft der jurassischen Bergbauern verlangt.

Die Unterschriftenbogen eines weitem Volksbegehrens betr. Ergänzung von Art. 11 des Gesetzes über das Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung vom 7. Februar 1954 wurden im Dezember 1960 zur Abstempelung eingereicht. Die 6monatige Frist für die Unterschriftensammlung läuft am 4. Juli 1961 ab.

Die vom Grossen Rat am 15. Februar 1960 angenommene Motion Geiser auf Beschränkung der Frist zur Einreichung der Unterschriftenbogen für Initiativen nach Ablauf der Umlauffrist wurde durch Aufnahme einer Bestimmung in § 6 Ziff. 4 des Dekretes vom 13. Februar 1961 über das Verfahren bei Volksbegehren und Abstimmungen auf Grund der Art. 9 und 94 Ziff. 2, 102 letzter Satz und 104 der StV vom 4. Februar 1896 im Sinne des Motionärs erledigt. Die Frist wurde auf 30 Tage bestimmt.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung

Der am 24. April 1960 zum Mitglied des Regierungsrates gewählte Dr. med. vet. Hans Tschumi, Interlaken, erklärte mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Gesetzes über die Wählbarkeit von Mitgliedern des Regierungsrates in die Bundesversammlung vom 3. November 1929 seinen Rücktritt als Mitglied des Nationalrates. An dessen Stelle rückte der 1. Ersatzmann von der Liste der BGB-Partei, Landesteil Oberland, Hans Burren, Hauptlehrer an der Kaufmännischen Berufsschule Thun, nach.

Grosser Rat

Der Grosse Rat hielt 4 Sessionen ab (davon eine ausserordentliche im Februar) mit insgesamt 46 Sitzungen.

Bis 31. Mai amtierte als dessen Präsident Walter König, Gemeinderat in Biel; als 1. Vizepräsident wurde gewählt Fritz Eggli, Müllermeister in Rüti bei Büren, und als 2. Vizepräsident Ernst Scherz, Hotelier, Gstaad. Die bisherigen 6 Stimmzähler wurden in ihrem Amte bestätigt.

Für das Amtsjahr 1960/61 wurde zum Präsidenten gewählt Fritz Eggli, Müllermeister in Rüti bei Büren, zum 1. Vizepräsidenten Ernst Scherz, Gstaad, und zum 2. Vizepräsidenten Adolf Blaser, Lehrer in Urtenen. Gleichzeitig wurden auch die bisherigen 6 Stimmzähler in ihrem Amte bestätigt.

Im Berichtsjahr verzichteten folgende Mitglieder auf ihr Grossratsmandat:

Alfred Graber, Reichenbach; Otto Bienz, Heitern-Neuenegg; Eugen Hochuli, Langenthal; Simon Kohler, Courgenay; Otto Lüthi, Langnau; Hans Burren, Thun; Fritz Lehner, Thun; Fritz Hauri, Münster; Arthur Juilerat, Undervelier.

Den aus dem Rate Scheidenden sei auch an dieser Stelle für ihre Arbeit gedankt.

Durch den Tod schieden ferner aus dem Grossen Rat aus:

Alfred Wachter, Bern; Hans Hirsbrunner, Sumiswald; Hans Kaeser, Biel.

An ihre Stellen rückten in den Rat nach:

Dr. Konrad Barben, Tierarzt in Aeschi bei Spiez; Alfred Mäder, Landwirt in Vogelbuch-Ferenbalm; Fritz Christen, Baumeister in Langenthal; Gaston Stouder, Industrieller in St-Ursanne; Armin Tschudin, Spengler in Langnau; Hermann Burger, dipl. Schreinermeister in Thun-Gwatt; Hans Imboden, Chefmonteur in Thun; Ernest Comte, Fabrikarbeiter in Courrendlin; Armand Koller, Tierarzt in Bassecourt; Emil Ronner, Lehrer in Bern; Walter Jörg, Sattlermeister in Rüegsbach, und Marcel Wermeille, kaufmännischer Angestellter in Biel.

Staatwirtschaftskommission

Nach Beendigung der vorgeschriebenen 2 Amtsperioden in der StWK trat Ernst Bircher, Bern, als Präsident und Mitglied zurück. An seine Stelle wurde der bisherige Vizepräsident, Fritz Schneiter, Notar in Muri BE, als Präsident gewählt, während als Vizepräsident Ed. Tschannen, ebenfalls in Muri, nachrückte.

Als neues Mitglied wurde in die Kommission gewählt Walter Dürig, Interlaken. Wegen seines Ausscheidens aus dem Grossen Rat wurde an Stelle von Fritz Hauri, Münster, als Kommissionsmitglied gewählt Rodolphe Wittwer, Reconvilier.

Justizkommission

Grossrat A. Willemain, Courroux, der dieser Kommission während 2 Amtsperioden angehörte, trat als Mitglied zurück und wurde ersetzt durch Ernest Comte, Courrendlin.

Paritätische Kommission

Laut Reglement übernahm den Vorsitz dieser Kommission für 1959/60 Fürsprecher Dr. Charles Nahrath, Neuenstadt. Als Vizepräsident wurde gewählt Grossrat Karl Zingg, Bern.

Zwei Amtsperioden gehörten dieser Kommission an die Herren F. Saegesser und E. Schneider; sie wurden deshalb ersetzt durch Eugen Zürcher, Jegenstorf, und Karl Zingg, Bern.

Wegen Rücktrittes aus dem Grossen Rat von A. Juilerat wurde gewählt Grossrat Fernand Rollier, Nods.

Wahlen

Kantonalbank

Herr a. Regierungsrat Hans Stähli trat wegen Erreichung der Altersgrenze als Bankpräsident der Kantonalbank von Bern zurück. Wir verweisen auf den Verwaltungsbericht der Finanzdirektion, der die Tätigkeit des Zurückgetretenen schildert. An seine Stelle wurde als neuer Bankpräsident gewählt Regierungsrat W. Siegenthaler, kantonaler Finanzdirektor, der deshalb als Mitglied der bernischen Exekutive zurücktrat.

Handelsgericht

Für eine neue 4jährige Amtsdauer wurden 42 kaufmännische Mitglieder für den alten Kantonsteil und 18

für den Landesteil Jura gewählt. Infolge baldiger Erreichung der Altersgrenze konnten von den Mitgliedern des alten Kantonsteils zwei bis 31. Dezember 1961 gewählt werden und von den Mitgliedern des Landesteils Jura eines nur bis 31. Dezember 1963.

Rekurskommission

Im Laufe des Geschäftsjahres verschied der langjährige Präsident dieser Kommission, Fürsprecher Rudolf Kellerhals. Über seine Verdienste ist im Bericht der Rekurskommission das Nähere enthalten. Als neuer Präsident wurde gewählt Hans Gruber, Fürsprecher, bisher Sekretär dieser Kommission.

Infolge Erreichung der Altersgrenze trat zurück Rudolf Gilgen in Dotzigen, der durch Grossrat F. Saegesser in Spiez ersetzt wurde. An Stelle des im Jahre 1959 zum Mitglied der Kommission gewählten Ersatzmannes Alfred v. Wattenwyl rückte als neuer Ersatzmann Fürsprecher Hans Feldmann, Bern, nach.

Es wurden folgende wichtige Geschäfte behandelt:

Gesetze

Beitragsleistungen an Wohnbauten für kinderreiche Familien mit bescheidenem Einkommen, 1. und 2. Beratung.

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Förderung der Landwirtschaft und die Erhaltung des Bauernstandes, 1. und 2. Beratung.

Fischereigesetz, 2. Beratung.

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Invalidenversicherung, 1. Beratung.

Kinderzulagen für Arbeitnehmer, 1. und 2. Beratung.

Dekrete

Im Berichtsjahr wurden 13 Dekrete behandelt, wovon mehrere die Besoldungen der Geistlichen, Professoren und des Staatspersonals betragen. Von den übrigen seien erwähnt:

Finanzielle Leistungen des Staates an die Kindergärten und über die Versicherung der Kindergärtnerinnen; Abänderung.

Förderung der freiwilligen Krankenversicherung.

Förderung und Organisation der Berufsberatung.

Organisation der Direktion der Volkswirtschaft; Abänderung des Dekretes vom 18. Februar 1959.

Organisation des Regierungsstatthalter- und Richteramtes im Amtsbezirk Seftigen.

Zivilstandswesen.

Volksbeschlüsse

Zuhanden der Volksabstimmung wurden folgende wichtigere Vorlagen bereinigt:

Aufnahme von Anleihen bis zum Betrage von 80 Millionen Franken zur Konsolidierung der laufenden Schuld des Staates.

Bauliche Reorganisation der Heil- und Pflegeanstalt Bellelay.

Bereitstellung finanzieller Mittel für Massnahmen zur Sanierung der Wohnverhältnisse in Berggebieten. Neu- und Umbauten im Knabenerziehungsheim Aarwangen.

Zweite Juragewässerkorrektion.

Neben dem Verwaltungsbericht und der Staatsrechnung 1959 sowie dem Voranschlag für das Jahr 1961 wurden im Grossen Rat noch folgende wichtigere Geschäfte behandelt:

Bericht über wesentliche Sparmöglichkeiten im Staatshaushalt und Dringlichkeitsprogramm für staatliche Bauaufgaben 1961 und 1962.

Beteiligung der BKW AG an den Kraftwerken Mattmark AG.

Erneuerung des Darlehens der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt in Luzern von 8 Millionen Franken.

Es wurden zahlreiche sog. Direktionsgeschäfte behandelt, insbesondere Kredite und Beiträge an Strassen- und Brückenbauten, Wasserverbauungen und Wasserversorgungen, Schulhausbauten und Lehrerwohnungen, ferner an Bodenverbesserungen und landwirtschaftliche Dienstbotenwohnungen sowie an den Ausbau von Alters- und Krankenheimen. Dazu kamen noch einzelne Geschäfte zur Sanierung der bernischen Privatbahnen oder zur Tilgung deren Obligationenkapitals. Über die einzelnen Geschäfte gibt der Bericht der zuständigen Direktion Auskunft.

Motionen, Postulate, Interpellationen und Einfache Anfragen

Aus dem Jahre 1959 waren im Berichtsjahr noch 4 Motionen zu behandeln. Neu eingereicht wurden 38. Von den 42 Motionen wurden im Jahre 1960 34 erledigt, wovon 4 durch Rückzug. Für 8 Motionen wurde die Behandlung auf 1961 verschoben. Aus dem Jahre 1959 waren noch 6 Postulate hängig und es wurden 48 neue eingereicht. Von den 54 Postulaten wurden vom Rat 48 behandelt, wovon 2 durch Rückzug. 6 wurden auf 1961 verschoben. Der Regierungsrat antwortete auf 59 Interpellationen. Antworten auf 51 Einfache Anfragen wurden schriftlich ausgeteilt.

Unterlagen für die Mitglieder des Grossen Rates zur Behandlung der Direktionsgeschäfte

Am 22. Februar 1960 hat Herr Grossrat Dübi in einer Motion den Regierungsrat ersucht, zwecks Erläuterung von Geschäften grosser finanzieller Tragweite und bedeutender Kreditbegehren in einem Vortrag zu berichten. Diese Motion wurde als Postulat am 16. Mai entgegengenommen. Seither beschliesst der Regierungsrat bei derart wichtigeren Geschäften entweder eine besondere Drucklegung oder die Vervielfältigung des Vortrages der Direktionen. Durch diese Regelung ist die Prüfung des angenommenen Postulates abgeschlossen.

In der Septembersession 1959 ersuchte Grossrat A. Luginbühl um Prüfung der Frage, ob die Verwaltungsberichte dem Grossen Rat vorgängig der Zustellung des Sammelbandes jeweils abschnittsweise nach Direktionen

zugesandt werden könnten. Der damalige Regierungspräsident sicherte Prüfung dieser Frage zu. Diese Prüfung ergab, dass der Sammelband 1959 allerdings etwas verspätet zugestellt wurde, aber immerhin noch 4 Wochen vor Sessionsbeginn. Der Regierungsrat erteilte den Direktionen und der Staatskanzlei Weisung, den Sammelband so bereit zu stellen, dass er 1–2 Wochen früher versandt werden kann. Dagegen erachtete er die Zustellung der einzelnen Verwaltungsberichte pro Direktion als nicht notwendig, weil dies jährlich auf ca. Fr. 3000.— + Kosten für die Spedition zu stehen käme. Der Regierungsrat hat in einem Schreiben vom 25. März 1960 Herrn Grossrat Luginbühl von dieser Erledigung Kenntnis gegeben und tut dies auch mit einem Hinweis im Verwaltungsbericht.

Regierungsrat

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtierte als Regierungspräsident der Direktor der Sanität und des Gemeindewesens, Dr. Fritz Giovanoli.

Am 1. Juni übernahm der bisherige Vizepräsident, Fritz Moser, Direktor der Finanzen und des Kirchenwesens, den Vorsitz. Als Vizepräsident wurde vom Grossen Rat gewählt Regierungsrat Samuel Brawand, Direktor der Bauten und Eisenbahnen.

Der Regierungsrat hielt im Berichtsjahr insgesamt 104 Sitzungen ab, in welchen 7946 (7306) Geschäfte behandelt wurden, also 640 mehr als im Vorjahr. Auch im Berichtsjahr hat der Regierungsrat über die Förderung der Beziehungen zwischen dem neuen und dem alten Kantonsteil beraten. Über die einzelnen Geschäfte, die im Regierungsrat behandelt und an den Grossen Rat weitergeleitet wurden, ist bereits berichtet worden. Weitere Geschäfte, welche von den Direktionen dem Regierungsrat unterbreitet wurden, sind in deren Verwaltungsberichten näher erklärt.

Infolge seiner Wahl in den Bankrat der Kantonalbank von Bern ist Herr Regierungsrat W. Siegenthaler auf 31. Mai zurückgetreten. An diesem Tage wohnte er auch zum letzten Mal einer Sitzung des Rates bei. Regierungsrat Siegenthaler wurde am 5. Mai 1946 als Mitglied der bernischen Exekutive gewählt und übernahm die Direktion der Finanzen und Domänen. Im November 1957 wurde ihm ebenfalls die Verwaltung der Militärdirektion übertragen. Er amtierte als Stellvertreter für die Direktionen der Landwirtschaft und der Forsten und präsidierte den Regierungsrat in den Amtsjahren 1948/49 und 1958/59. Während seiner Amtstätigkeit wurden viele wichtigere Geschäfte erledigt. Neben den immer wiederkehrenden Besoldungsfragen für das Staatspersonal, die Lehrerschaft, die Geistlichen und die Professoren sowie den finanziellen Beteiligungen der BKW an den neu gegründeten Kraftwerken seien als wichtigste Geschäfte, die unter seiner Leitung dem Grossen Rat vorgelegt und dann vom Volk angenommen wurden, erwähnt:

Gesetz über den Finanzausgleich,
Erhöhung der Finanzkompetenz des Regierungsrates,
Gesetz über die Hypothekarkasse,
Finanzausgleich unter den bernischen Gemeinden.

Er hat auch den Volksbeschluss für die Aufnahme von Anleihen zur Konsolidierung der schwebenden Schuld des Staates bei der Kantonalbank und der Hypothekarkasse und zur Erhöhung der Dotationskapitalien der beiden Staatsbanken vorbereitet sowie Steuergesetzabänderungen mit den dazugehörigen Ausführungsdekreten. Die Arbeit von Regierungsrat W. Siegenthaler im Staate Bern war, wie aus dieser kurzen Aufzählung hervorgeht, überaus fruchtbar und wird in der bernischen Staatsverwaltung noch lange ihre Spuren hinterlassen. Der Regierungsrat dankt dem zurückgetretenen Magistraten für sein erfolgreiches Wirken im Dienste des Staates Bern bestens.

Am 24. April wurde mit 39 494 Stimmen zum neuen Mitglied des Regierungsrates Nationalrat Dr. med. vet. Hans Tschumi, Tierarzt in Interlaken, gewählt, der sein Amt am 1. Juli antrat und gleichen Tages an der ersten Sitzung der bernischen Exekutive teilnahm.

Durch die Wahl von Herrn Regierungsrat Dr. Tschumi wurden folgende Direktionen umgebildet:

Justiz, Finanzen und Kirchenwesen; Erziehung und Militär.

Diese Direktionen wurden folgenden Ratsmitgliedern zugeteilt:

Justiz: Regierungsrat Dr. Tschumi; Finanzen und Kirchenwesen: Regierungsrat F. Moser; Erziehungs- und Militär: Regierungsrat Dr. Moine.

Regierungsrat D. Buri übernahm die Stellvertretung des Militärdirektors, während Regierungsrat Dr. Tschumi jene der Landwirtschaft und Forsten zugewiesen wurde. Die übrigen Direktionszuteilungen und Stellvertretungen erfuhren keine Änderung.

Im Berichtsjahr wurde der Staatspräsident Prado von Peru im Rathaus durch den Regierungspräsidenten empfangen.

Bezirksbeamte

Es traten folgende Änderungen ein:

Bern: An Stelle des zurückgetretenen Gerichtspräsidenten Hans Tschumi wurde Walter Schönmann, Fürsprecher in Bern, gewählt. Ernst Martz, Betreibungs- und Konkursbeamter, trat zurück. An seine Stelle wurde gewählt Wilhelm Born, kantonaler Beamter in Bern.

Biel: An Stelle des infolge Erreichung der Altersgrenze zurückgetretenen Regierungstatthalters Dr. E. Brändli wurde gewählt Dr. rer. pol. Marcel Hirschi, bisher Vorsteher des Statistischen Amtes der Stadt Biel. Ferner trat im Berichtsjahr infolge seiner Wahl zum Gemeinderat der Stadt Biel zurück Arthur Hirt, Betreibungs- und Konkursbeamter. Seine Ersatzwahl fällt in das Jahr 1961.

Büren: An Stelle des zurückgetretenen Gerichtsschreibers, Betreibungs- und Konkursbeamten Alfred Schenk wurde Hans Peter Marti, Fürsprecher in Bern, gewählt.

Burgdorf: Gerichtspräsident Eugen Reichenbach erreichte die Altersgrenze und trat zurück. An seine Stelle wurde gewählt Walter Morgenthaler, bisher Gerichtsschreiber im Amtsbezirk Aarwangen.

Delsberg: Infolge Rücktrittes von Regierungsstatthalter Ernest Faivet wurde Henri Parrat, bisher Gemeindepräsident und Bücherexperte in Delsberg, gewählt.

Ober-Simmental: An Stelle des zum Gerichtspräsidenten des Amtsbezirkes Trachselwald gewählten Jürg Blumenstein wurde als Gerichtsschreiber/Betriebsbeamter gewählt Martin Krebs, Notar, bisher Grundbuchverwalter in Boltigen.

Seftigen: Durch die Aufhebung der Vereinigung der Amtsverrichtungen des Regierungsstatthalters und Richteramtes durch Dekret vom 17. März 1960 war eine Neuordnung der Beamten erforderlich. Der bisherige Inhaber der beiden Ämter, O. Haudenschild, Notar, behielt das Amt des Regierungsstatthalters. Dasjenige des Gerichtspräsidenten musste neu besetzt werden, und es wurde gewählt Dr. Bernhard Mösch, bisher Gerichtsschreiber/Betriebsbeamter in Seftigen. An dessen bisherige Stelle wurde gewählt Alfred Brun, Fürsprecher in Bern.

Thun: An Stelle des zurückgetretenen Betriebs- und Konkursbeamten Alfred Bühlmann trat Hans v. Allmen, bisheriger Stellvertreter.

Trachselwald: Im Jahre 1959 wurde zum Mitglied des Obergerichtes gewählt P. Grossenbacher, bisher Gerichtspräsident in Trachselwald. An seiner Stelle in Trachselwald wurde wie bereits erwähnt als gewählt erklärt Jürg Blumenstein, Fürsprecher, bisher Gerichtsschreiber in Blankenburg.

Bei diesen Ersatzwahlen musste der öffentliche Wahlgang durchgeführt werden, in Bern sowohl für die Stelle des Gerichtspräsidenten wie des Betriebs- und Konkursbeamten, in Biel und Delsberg für die Stelle des Regierungsstatthalters, und im Amtsbezirk Oberhasli für den Gerichtsschreiber/Betriebs- und Konkursbeamten.

Für die übrigen Beamten fanden stille Wahlen statt.

Amtsrichter

Im Bestande der Amtsrichter traten im Laufe des Jahres folgende Änderungen ein:

Amtsbezirk	Bisher	Neu
Aarwangen . . .	Hans Kohler-Reber, Wynau	Ernst Wyss, Magaziner in Langenthal
Biel	Walter Stauffer	Otto Hunziker, a. Betriebschef, Biel
	Paul Küffer	Moritz Leutwyler, pens. Staatsangestellter, Biel
Büren	Fritz Kunz-Künzi, Pieterlen	Armin Otti, Landwirt und Müllermeister, Oberwil b. B.
Erlach	Paul Fallegger, Ins	Dr. phil. Kurt Bigler-Eggenberger, Sekundarlehrer, Ins
Frutigen	Kaspar Haug, Aeschi	Hans v. Kaenel, Landwirt und Viehhändler, Spiez
Laufen	Jakob Preisig, Laufen	Walter Studer, Maschinenführer, Dittingen
Laupen	Ernst Staub, Brüggelbach	Robert Bettler, Schmiedmeister, Neuenegg
Oberhasli	Hans Sulzer, Meiringen	Alfred Schild-Lippuner, SBB-Angestellter, Meiringen
Trachselwald . .	Fritz Gfeller, Holzsäge/Trachselwald	Werner Frauchiger, Schreinermeister, Lützelflüh
	Gottfried Wälti, Fürten/Sumiswald	Ulrich Schär, Käser in Eriswil

Einzig im Amtsbezirk Büren musste der öffentliche Wahlgang stattfinden, sonst konnten alle Vorgeschlagenen durch stille Wahl bestätigt werden.

Amtsgerichts-Ersatzmänner

Die nachfolgenden Ersatzwahlen konnten auf dem Wege der stillen Wahl erledigt werden:

Amtsbezirk	Bisher	Neu
Aarwangen . . .	Ernst Wyss, Lotzwil	Karl Aegerter, Maschinist, Bannwil
Biel	Moritz Leutwyler, Biel	Ersatzwahl im Jahre 1961.
Büren	Armin Otti, Oberwil bei Büren	Ersatzwahl im Jahre 1961
Konolfingen . .	Werner Lehmann, Steinen/Bowil	Otto Burger, Landwirt, Rünkhofen/Bowil
Laufen	Walter Studer, Dittingen	Albert Aeschbacher, Brunnenmeister, Duggingen
Laupen	Robert Bettler, Neuenegg	Ersatzwahl im Jahre 1961
Neuenstadt . . .	Gaston Rossel, Neuenstadt	René Auguste Richard, Kanzleisekretär, Neuenstadt
Oberhasli	Alfred Schild-Lippuner, Meiringen	Ersatzwahl im Jahre 1961
Trachselwald . .	Werner Frauchiger, Lützelflüh	Ersatzwahl im Jahre 1961
	Ulrich Schär, Eriswil	Ersatzwahl im Jahre 1961

Staatskanzlei

Über den Geschäftsgang geben folgende Zahlen Auskunft:

An die Direktionen überwiesene Eingänge 1430 (1525),
Überweisungen an den Grossen Rat 369 (381),
Drucksachenbestellungen, Verkaufssumme: Franken
118 740.— (Fr. 132 161.—),

Beglaubigungen von Unterschriften 31 666 (31 483),
wofür Gebühren verrechnet wurden mit Fr. 38 110.40
(Fr. 37 652.25); davon vom Regierungsstatthalter
oder von Gemeinden Fr. 25 754.— (Fr. 25 706.—),
belegt vom Legalisationsbüro oder durch Bareinnahmen
Fr. 12 356.40 (Fr. 11 946.25).

Im Anweisungsverkehr wurden 2891 (2653) Geschäfte
erledigt, die einen Gebührenertrag von Fr. 236 520.80
(Fr. 205 139.—) ergaben.

Die französische Abteilung besorgte 3960 Geschäfte, wovon 1115 des Regierungsrates. Die zahlreichen Arbeiten und Übersetzungen für die Veröffentlichung im französischen Amtsblatt sind hier nicht eingerechnet.

Rathaus

Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Grossratsaal 73 Sitzungen, davon 27 Stadtratssitzungen, abgehalten und die Rathauhalle für 32 Anlässe benützt. Die Kommissionszimmer wurden von den Direktionen für 324 Sitzungen benützt, wozu noch 31 Kommissionssitzungen des Grossen Rates kommen. Soweit es sich bei der Benützung der Räumlichkeiten im Rathaus nicht um amtliche Anlässe handelt, wurden zur Deckung der Selbstkosten Gebühren erhoben, die im Berichtsjahr den Betrag von Fr. 6929.90 (inklusive Stadtrat Franken 2669.90) erreichten.

Ferner erfolgten auf Anmeldung hin 285 Besuche unseres Rathauses mit rund 3500 Personen. Ungefähr $\frac{3}{4}$ dieser Besuche fielen wiederum auf Schulen und Vereine.

Tätigkeitsbericht des Staatsarchivs

I. Benützung

Das Staatsarchiv wurde von 336 Besuchern mit 2824 Besuchen in Anspruch genommen. Wappenkünfte wurden 1079 mündlich und 463 schriftlich erteilt.

II. Zuwachs

An Geschenken sind besonders erwähnenswert: Von a. Sekundarlehrer Moritz Javet die berühmte Encyclopédie von Diderot und d'Alembert, 1778 ff., 72 Bände Text und 3 Bände Tafeln. Von Dr. J. Zwahlen, Den Haag, durch Vermittlung von Professor H. Rennefahrt in Bern, die Abschriften von 3 im Staatsarchiv Lausanne liegenden Urbarien der Herrschaft Vanel (Saanen) aus dem 14. Jahrhundert. Dr. R. Marti-Wehren ergänzte seine bedeutenden Schenkungen der beiden Vorjahre namentlich durch Postkarten und Bilder. Weitere Geschenke von Dokumenten, Büchern und Bildern seien hier gesamthaft verdankt.

Fräulein Blocher, Burgerspital, schenkte dem Staatsarchiv zur Erinnerung an ihren verstorbenen Bruder, den Thuner Historiker Dr. Georg Blocher, eine schöne Standuhr.

Käuflich erworben wurden: von einem auswärtigen Antiquar ein historisch bedeutender Brief Napoleons an General Rapp, eine Inspektionsreise in der Schweiz im Jahre 1803 betreffend; ferner aus privater Hand in Mulhouse 20 Dokumente familiengeschichtlichen Inhalts, die für den Jura von Interesse sind und vom vorerwähnten Dr. J. Zwahlen eine Anzahl Abschriften von Saaner Urkunden.

Beträchtlich waren im Berichtsjahr wiederum die Ablieferungen durch die Verwaltung. Die Staatskanzlei übergab dem Archiv 5 Bände Grossratsprotokolle, Nrn. 53–57, von 1911–1915; ferner 164 Hefte eidgenössischer und kantonaler Abstimmungsergebnisse 1940–1959 und die Legalisationskontrollen 1954/55. Von der Sanitätsdirektion langten die Akten von 1915–1945 in 125

Theken und 13 besondern Dossiers ein; von der kantonalen Rekurskommission 74 Theken ausgewählte Akten 1935–1937. Das Kreiskommando Biel lieferte 199 Bände Stammkontrollen 1833–1922 aus dem Seeland ab. Vom Grundbuchamt Thun gingen 279 Bände Kontraktenmanuale und dgl. aus der Zeit von 1662–1812 sowie 33 Bände Inventarienmanuale 1785–1834 und 31 Bände Lagerbücher aus dem 20. Jahrhundert ein. Das Einigungsamt II gab 1 Geschäftskontrolle und 45 Dossiers von 1923–1955 ab, die Lehramtsschulkommission 6 Ordner Akten betreffend Patentprüfungen von Sekundarlehrern, 1906–1951. Aus dem Bezirksarchiv Saingelégier gelangten 24 Gemeinde- und Grenzpläne des 18. und des 19. Jahrhunderts in das Staatsarchiv.

Die Bibliothek vermehrte sich um 612 Bände, 325 Broschüren und 68 Blätter, wovon 406 Bände, 281 Broschüren und 44 Blätter dem Archiv geschenkt oder abgeliefert wurden.

Der starke Zuwachs durch Ablieferungen, der nun schon mehrere Jahre anhält, wirkt sich in einer schwierig werdenden Raumknappheit aus. In einem Stockwerk des Archivtrakts musste eine gänzliche Umstellung vor sich gehen, um die systematische Reihenfolge wieder herzustellen und Platz für die Ablieferungen in den einzelnen Unterabteilungen zu schaffen. Dabei haben ca. 3 km Archivalien den Standort gewechselt. Für einige Jahre kann durch die (1961 oder 1962 mögliche) Verlegung des fürstbischöflichen Archivs nach Pruntrut Raum gewonnen werden; doch ist die im letztjährigen Bericht als in naher Zukunft notwendig werdend erwähnte Ausrüstung des 5. Stockes mit Gestellen im Auge zu behalten, umso mehr, weil im Käfigturm sozusagen kein Platz mehr für Ablieferungen aus Bezirksarchiven zur Verfügung steht.

III. Allgemeine Verwaltung

In der alten Abteilung (bis 1831) ist die Revision der Urkundenbestände beträchtlich fortgeschritten. Behandelt wurden im Berichtsjahr die Fächer Mushafen 1700 bis 1843, Urfehden 1347–1660, Urteilssprüche 1401–1582, Varia I 1500–1560 und Varia II 1400–1532.

In der neuen Abteilung ist die Neuordnung der Akten des Forstwesens 1831–1881, Allgemeines und Lokales, abgeschlossen; ebenso die Umstellung der lokalen Primarschulakten aus der inspektoratskreisweisen Ordnung in diejenige nach Amtsbezirken. Die Regierungsakten 1831–1839 (seither werden die Vorträge samt Beilagen bei den Direktionen archiviert) waren bisher rein chronologisch nach Amtsbezirken aufgestellt; sie erfahren jetzt eine amtsbezirksweise Neuaufstellung nach Verwaltungsabteilungen, was ein viel rascheres Auffinden ermöglicht. Bis auf die letzten 3 Amtsbezirke ist diese Arbeit abgeschlossen.

Bei den Hochschulakten sind diejenigen über die medizinische Fakultät (1835–1925) fertig behandelt. Von den Akten des Kirchenwesens sind diejenigen der Periode 1832–1846 fertig neu geordnet; in Arbeit steht der Zeitabschnitt 1847–1874.

Neu geordnet wurden ferner die Archivalien über Feuerwehrwesen, Brandversicherung und Wasserversorgung 1883–1918, jetzt getrennt in Allgemeines und Lokales aufgestellt.

In der Bibliothek erfuhr die Abteilung J, Literatur und Philosophie, eine Sichtung und Neusignierung und

eine Ergänzung des Verfasserkataloges; die Sachkartei dazu ist in Angriff genommen.

Der Bibliotheksanhang «Unsortiertes» ist durch Bearbeitung und Eingliederung in die Bibliothek aufgelöst; dasselbe geschah mit einer seinerzeit aus dem Nachlass von Staatsarchivar Kurz erhaltenen Sammlung geschichtlicher und heimatkundlicher Literatur.

IV. Inventare und Register

In der alten Abteilung liegen neue Inventare der Urkundenfächer Mushafen, Urfehden und Urteilsprüche vor, zu den beiden letzten zudem ein Personenregister. Von den Ämterbüchern sind diejenigen von St. Johannsen, Stift und Unterseen inventarisiert und registriert worden. Neue Inventare entstanden in der neuen Abteilung zu den reorganisierten Gruppen Forstwesen 1831 bis 1881 und Primarschulen Lokales 1916–1925 sowie zum Kirchenwesen 1832–1846.

Herr E. F. Gruber-v. Fellenberg hat auch im Berichtsjahr die wertvolle Erschliessung bernischer Notariatsprotokolle fortgesetzt.

Nachgeführt wurden die Karteien der Gutachten, der Gesetze und Verordnungen, der Auszüge aus dem «Bund» und die Verfasser- und Sachkartei der Bibliothek.

V. Führungen und Ausstellungen

Assistent Dr. Weilenmann führte im Rahmen der Volkshochschule unter dem Titel «Zeugen bernischer Vergangenheit» rund 50 Teilnehmern an 6 Kursabenden besonders bedeutende und denkwürdige Archivalien vor.

Adjunkt und Assistent teilten sich in die jeweiligen mit einer Ausstellung verbundenen Führungen für: 1 Klasse Seminar Muristalden, 1 Klasse Neue Mädchenschule, 2 Klassen der Fortbildungsschule PTT, 1 Klasse der Sekundarschule Köniz und das 9. Schuljahr der Primarschule Erlach.

Zu Schauzwecken ausgeliehen wurden: einige Gotthelf-Briefe an die temporäre Gotthelf-Ausstellung in Lützelflüh und einige namentlich der Schrift wegen interessante Stücke an die Jubiläumsausstellung der Berufsschule für Verwaltungsangestellte im Gewerbemuseum Bern.

VI. Lehrerfortbildungskurse

Wie in den Vorjahren erteilte auch 1960 Adjunkt Lerch einen Kurs für geschichtliche Heimatkunde und Urkundenwesen, veranstaltet von der bernischen Vereinigung für Handarbeit und Schulreform, wiederum für Lehrer und Lehrerinnen aus dem Amt Nidau.

VII. Wissenschaftliche Arbeiten

Die im vorjährigen Bericht erwähnte, vom Historischen Verein des Kantons Bern dem Staatsarchivar auftragene Herausgabe des IV. Bandes der Geschichte Berns (Der Untergang des alten Bern, 1789–1798) von

Professor Dr. Richard Feller ist zum Abschluss gekommen; der stattliche Band ist am 24. Juni erschienen. Neben dem Staatsarchivar beteiligten sich die Herren Dr. Specker und Dr. Weilenmann an der Arbeit. Mit diesem Abschluss besitzt nun der Kanton Bern eine wissenschaftlich wie literarisch gleich hervorragende, sozusagen einmalige Darstellung seiner Vergangenheit bis zum «Übergang».

Der Assistent führt weiterhin die Schriftleitung der Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde, die in vielseitiger Weise bernisches Wesen und bernische Geschichte erfasst.

Professor Dr. Rennefahrt setzt seine bewährten Forschungen zur Berner Rechtsgeschichte fort; zurzeit ist der Jura an der Reihe. Dr. h. c. R. Marti-Wehren sammelte auch dies Jahr emsig volkskundliche Nachweise aus den Materialien des Staatsarchivs.

VIII. Bezirks- und Gemeindearchive

Im alten Kantonsteil wurde das Staatsarchiv zur Berücksichtigung und Beratung in Anspruch genommen vom Grundbuchamt Thun und den Gemeindeverwaltungen Twann und Auswil. Der jurassische Archivar besorgte Sichtungen in den Bezirksarchiven Pruntrut und Saignelégier.

IX. Ehemals fürstbischöflich-baselsches Archiv

Die Hauptarbeit dieses Jahres betraf die recht umständliche Neuordnung der umfangreichen Abteilung A 13; Basileensis Ecclesia cathedralis. Viel Arbeit erforderte sodann die Mitwirkung des jurassischen Archivars an der Restauration der Kollegialkirche Saint-Germain in Münster.

Nachdem im Berichtsjahr das renovierte Schloss Pruntrut von der Bezirksverwaltung bezogen worden ist, wird das bisherige Amtshaus «Hotel de Gléresse» frei für das Fürstbischöfliche Archiv, das gemäss Grossratsbeschluss vom 9. März 1949 nach Pruntrut zurückverlegt werden soll; zudem soll die Bibliothek der Kantonschule Aufnahme im Hause finden. Erste Vorbereitungen für die Neueinrichtung des Gebäudes und die Umsiedlungen sind getroffen worden.

X. Hallwyl-Archiv

Der Hallwyl-Fonds betrug am 1. Januar 1960 Franken 17 779.60; auf Ende des Jahres beträgt er Franken 18 229.50. Die Zinseinnahmen beliefen sich auf Fr. 574.35.

Es wurden in bescheidenem Umfange Werke zur Geschichte und Heimatkunde des Aargaus für die Bibliothek des Staatsarchivs angeschafft.

Bern, 31. Mai 1961.

Der Regierungspräsident:

Moser

Vom Regierungsrat genehmigt am 23. Juni 1961.

Begl. Der Staatsschreiber: **Hof**